ak
Neue Folge
analyse & kritik - Zeitung für linke Debatte und Praxis
Jahrgang 22, Ausgabe 347, 21.10. 1992, DM 6.-, C 9479 E

Die Zerstörung eines Mahnmals S. 3

Der abgeschriebene Kontinent

„Africa adio" — in den sechziger Jahren Titel eines rassistischen Films, der für das Vorurteil werben sollte, die afrikanischen Kolonien seien längst noch nicht reif für die zu dieser Zeit gerade gewährte Unabhängigkeit gewesen. „Africa adio" heute: Todesurteil für einen Kontinent? Kein anderes Gebiet der Dritten Welt ist so weitgehend aus der Weltwirtschaft ausgegliedert und so total von jeder Entwicklungsperspektive abgeschnitten worden . Schon 1970 betrug Afrikas Anteil am Welthandel nur 2,4 Prozent; 1988 war er dann auf 1,3 Prozent zusammengeschmolzen. Entsprechend winzig ist der Bruchteil der Investitionen, die von multinationalen Konzernen auf dem „schwarzen Erdteil" getätigt werden. Die 550 Millionen Menschen in der Ländern südlich der Sahara erzeugen ein Bruttosozialprodukt, das lediglich dem Belgiens entspricht, und die Schere klafft immer weiter auseinander. Das Durchschnittseinkommen ist in den letzten Jahren um ein Viertel gesunken.

Afrika ist auch ein Kontinent des Hungers und des Verhungerns. Während weltweit ein Rückgang der Zahl der Unterernährten in den letzten zwanzig Jahren verzeichnet wird, ist nur in Afrika die Tendenz stark ansteigend: Von rund 600 Millionen Afrikaner gelten heute 170 Mio. als chronisch unterernährt; Anfang der siebziger Jahre waren es „nur" 100 Mio. gewesen.

Der Hungerkatastrophe in Somalia gilt seit Monaten die Aufmerksamkeit der Medien. Wohl nicht nur deshalb, weil die Zustände dort noch mörderischer sind als in anderen Regionen des Kontinents, sondern weil sich am Beispiel Somalia wunderbar zeigen läßt, daß erstens die reichen Länder tatsächlich zu großzügiger Hilfe bereit seien, und daß zweitens diese Lieferungen leider weitgehend in den Bürgerkriegswirren verlorengehen. Motto: „Wir helfen wirklich gern, aber wollen die sich denn überhaupt helfen lassen?". In Somalia seien 1,5 Millionen Menschen „praktisch zum Tode verurteilt", sagt der zuständige UNO-Beauftragte. Nur ein Viertel der notwendigen Menge an Lebensmitteln werden laut seinen Angaben überhaupt nach Somalia geliefert. Die Zahl der Toten wird auf 1000 täglich geschätzt.

Weniger ist in den Medien davon die Rede, daß nicht nur in Somalia, sondern auch in weiten Teilen des übrigen Afrikas Hungerkatastrophen zusammentreffen, wie schon lange nicht mehr. Auch in den Nachbarstaaten gilt die Situation als „kritisch". Im Nordosten Äthiopiens sind 1,3 Millionen Menschen aufgrund einer Dürre vom Hungertod bedroht; im Norden Kenias, das zusätzlich 400.000 Flüchtlinge aus Somalia und Sudan aufgenommen hat, sind die Nomaden gezwungen, ihre Kinder zu verkaufen. Die Gesamtzahl der „Hilfsbedürftigen" in Nordostafrika wurde von der UNO im Juli auf 23 Millionen geschätzt.

Von der Halbierung der Ernten durch eine „Jahrhundertdürre" ist der gesamte Süden des Kontinents betroffen. Länder wie Simbabwe und sogar Südafrika, die regelmäßig Getreide exportieren konnten, sind in diesem Jahr auf umfangreiche Einfuhren und Hilfslieferungen angewiesen. Für viele Staaten, deren Situation schon seit langem problematisch war, bedeutet das eine totale Erschöpfung und Überforderung ihrer Finanzreserven. Hinzu kommen auch hier Flüchtlingsprobleme, vor allem durch den von Südafrika geschürten Bürgerkrieg in Mosambik. In diesem Land wird die Zahl der vom Hungertod bedrohten Menschen auf bis zu vier Millionen geschätzt. Die Zahl der Hilfsbedürftigen im Süden Afrikas liegt bei 18 Millionen.

Was das alles mit der Politik der reichen Länder zu tun hat, ergibt sich aus folgenden Zahlen: Afrika, dessen Exporte zu 90 Prozent aus Rohstoffen bestehen, ist Opfer eines rasanten Preisverfalls, der den multinationalen Konzernen, aber auch den Konsumenten in den kapitalistischen Ländern zugute kommt. Allein verglichen mit dem auch schon unfairen Preisniveau von 1980 haben die afrikanischen Staaten in den letzten zehn Jahren auf diese Weise 150 Milliarden Dollar verloren. Im gleichen Zeitraum hatte Afrika rund 47 Millionen Dollar Zinsen zu zahlen. Seit langem übersteigen die direkten und indirekten Zahlungen Afrikas an die reichen Länder bei weitem die Summen, die der Kontinent an „Entwicklungshilfe" erhält.

Türkei droht mit Blutbad

In einer Situation des eskalierenden Bürgerkriegs bestimmt in der Türkei faktisch der „Nationale Sicherheitsrat", ein von der Armee beherrschtes Gremium, die Richtlinien der Politik. Nach dem Sirnak-Massaker im August ist die Armee entschlossen, den Kampf gegen den „separatistischen Terror" mit allen Mitteln fortzusetzen. Ministerpräsident Demirel verkündete ebenso großmäulig wie blutrünstig, die PKK werde „in ihrem eigenen Blut ertrinken".

Zielscheibe von Armee und Todesschwadronen ist nicht zuletzt die kurdische Presse. Allein in diesem Jahr sind zehn kritische Journalisten den Kugeln der Todesschwadrone zum Opfer gefallen. Ein Verbot kurdischer Zeitungen und der „Partei der Arbeit des Volkes" (HEP) scheint bevorzustehen. Gespräche mit dem HEP-Vorsitzenden Ahmet Türk und dem Journalisten Mehmet Oguz ab

Seite 28

Diskussion: PDS und Asylrecht

Am Beispiel einer Leserbriefdebatte im „Neuen Deutschland" und der Diskussion innerhalb der PDS um die Frage Asylrecht und „Offene Grenzen" wird in einem Beitrag dieser Ausgabe darüber gestritten, welche Anforderungen an eine antirassistische Politik gestellt werden müßten. Es wird die These aufgestellt, daß das Eintreten für ein liberales Asylrecht ein völlig unzureichendes Mittel im Kampf für die Rechte der Immigranten sei und auch die Linke gefordert ist, sich konkrete Gedanken über Einwanderung und den damit zusammenhängenden sozialen Fragen zu machen.

S. 16/17

Die Geschichte des Islam

Im zweiten Teil der ak-Serie zum Feindbild „Islam" wird — ausgehend vom Orientbild der letzten Jahrhunderte und dessen Funktion für das christlich-abendländische Selbstverständnis — das allmähliche erneute Aufkommen anti-arabischer und anti-islamischer Vorurteile seit den 70er Jahren dargestellt, wobei ein Rückblick auf die sog. Ölkrise 1973/74 im Mittelpunkt steht. In einem Exkurs wird die Funktion des Antikommunismus für die Nachkriegsordnung skizziert. Im Zusammenhang des Feindbildwechsels vom Antikommunismus zur Islamfeindlichkeit in der jüngsten Vergangenheit wird aufgezeigt, daß Feindbilder nicht einem Selbstzweck dienen und nicht beliebig propagiert werden (können), sondern stets, wie verzerrt auch immer, Ausdruck realer Konflikte sind.

Seite 34

Sendero Luminoso

Mit der Verhaftung des Vorsitzende der Kommunistischen Partei Perus/Sendero Luminosos, Abimael Guzman, auch bekannt unter dem Namen „Presidente González", hat die peruanische Regierung einen entscheidenden Schlag gegen die Guerillabewegung des Landes gelandet. Sendero Luminoso („Der leuchtende Pfad") ist nicht nur zu Hauptfeind in Peru erklärt word auch im Weißen Haus wurde in vergangenen Monaten immer h figer laut über einen militärisch Schlag nachgedacht. Selbst in halb der Linken ist Sendero äußerst umstrittene Organisat für die einen sind es die entsc densten antiimperialistis Kämpfer, für die anderen fanati Stalinisten. Wir schildern die stehung, die Ideologie und Strategie des Guerillakampfe

Postvertriebsstück C 94 79 E Gebührbezahlt
Hamburger Satz- und Verlags-Koerativep., Schulterblatt 58, 2000Hamburg 36

Bombenanschlag auf das jüdische Holocaust-Denkmal in Berlin, Brandanschlag auf die jüdische Baracke in Sachsenhausen – das sind nur zwei Beispiele der jüngsten faschistischen Taten.

Eine Übersicht auf den Seiten 8 und 9

Crash im EWS

Wie es einmal war wird es nicht mehr sein. Nachdem das Europäische Währungssystem (EWS) dreizehneinhalb Jahre relativ reibungslos funktionierte, markiert der (vorläufige?) Ausstieg Großbritanniens und Italiens aus dem Wechselkursverbund einen Bruch im westeuropäischen Einigungsprozeß. Offen zutage getreten sind damit die erheblichen Unterschiede in der ökonomischen Entwicklung der einzelnen EG-Länder, die die Realisierung einer Währungsunion im Zuge des Maastricht-Prozesses immer unwahrscheinlicher werden lassen.

Doch die Krise des EWS ist nicht nur ein Ausdruck der fehlenden „Konvergenz". Im Kern geht es um mehr: Durch den Anschluß der DDR überfordert versucht die BRD, ihre durch die Vereinigung entstehenden Finanzierungsprobleme auf Kosten der anderen EG-Partner in den Griff zu bekommen. Die steigende Verschuldung der öffentlichen Haushalte, aber auch der hohe Mittelbedarf solcher Institutionen wie der Treuhand oder der Bundesanstalt für Arbeit hat ein hohes Zinsniveau zur Folge, was wiederum tendenziell zu Kapitalabflüssen aus den anderen EG-Staaten führt. Um dies zu verhindern, muß auch dort das Geld verteuert werden, was die Gefahr von Rezession und Arbeitslosigkeit weiter verstärkt.

Doch dieser Kurs ist für das BRD-Kapital nicht ohne Risiko — weder im Hinblick auf die weitere wirtschaftliche Entwicklung in Westdeutschland noch in bezug auf die Folgen für Westeuropa mit womöglich erheblichen Auswirkungen auf die deutsche Exportindustrie. Im Unterschied zu früheren Jahren aber ist die BRD heute nicht mehr in der Lage, sich mit Hilfe ihrer Ausfuhrüberschüsse, die für sie günstigsten Wechselkursverhältnisse zu finanzieren.

Krise des EWS — Krise der BRD-Hegemonie

Seite 18

Das neue SPD-Programm: NEIN JEIN JA!

Am 16./17. November wird in Bonn der Sonderparteitag der SPD über die Engholm-Wende zu entscheiden haben. Über zwei Grundgesetzänderungen soll entschieden werden: Einsatz der Bundeswehr außerhalb des NATO-Bereichs und nicht nur zu Verteidigungszwecken und Aufhebung des Individualrechts auf Asyl. Dies wäre das dritte und vierte Ja der SPD zu Änderungen des Grundgesetzes nach dem Ja in den 50er Jahren zur Remilitarisierung und dem Ja in den 60ern zu den Notstandgesetzen. Das Motto ist immer dasselbe: Erst ein entschiedenes Nein, dann ein nachdenkliches Jein und schließlich das kleinlaute Ja. Immer ging es um ein Nachgeben gegenüber der Reaktion, die Beschränkungen, die der BRD aufgrund der Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus auferlegt wurden, zu beseitigen, oder wie jetzt beim Asylrecht, eine humanistische Verpflichtung zu streichen.

Die Großmacht BRD fordert ihren Tribut, wenn man sie regieren will; und regieren will die SPD schon bald wieder, denn die von Wehner 1982 vorausgesagten 10 Jahre Abstinenz sind vorbei. Statt sich aber nun die Frage zu stellen, wie die Mehrheit der „Deutschland den Deutschen" zu verändern ist, wird von der Partei gefordert, sich an der Volksstimmung zu orientieren.

Sollte die SPD diese seit langem von der CDU geforderten Grundgesetzänderungen beschließen, ist der Einsatz der Bundeswehr schon in den nächsten fünf Jahren wahrscheinlich (nach Planungen der CDU) und einigen hunderttausend Flüchtlingen wird der Weg in die BRD versperrt.

Ein *Trägerkreis 14. 11.* ruft deshalb zu einer Großdemonstration nach Bonn auf, um einen letzten Versuch zu unternehmen, die SPD auf diesem Weg zu stoppen.

Demonstration am 14.11. in Bonn

Brasilien: Massenbewegung stürzt Seifenoper

Gestern noch auf stolzen Rossen, heute durch die Brust geschossen — so ähnlich widerfuhr es dem jüngst aus dem Amt gejagten, nun also Ex-Präsidenten von Brasilien, Fernando Collor de Mello, erstes frei gewähltes Staatsoberhaupt nach den Jahrzehnten der Militärdiktatur. Angetreten war Collor de Mello mit dem Ruf des jungen und dynamischen Saubermannes; auch das, wie man heute weiß, Teil einer in der Freundesclique ausgeheckten Strategie, um sich der Fleischtöpfe des Staates zu bemächtigen.

Kaum mit knappem Vorsprung vor dem Kandidaten der Arbeiterpartei (PT), Luiz Ignacio da Silva („Lula"), 1989 zum Präsidenten gewählt, bediente der frühere Partylöwe sich und die Seinen aus der Schatzkammer des brasilianischen Staates wie ein Fürst in einem Operettenstaat.

Derweil sank das Lohnniveau auf den Stand von 1979, während der Minimallohn seinen historischen Tiefstand erreichte. Erstmals war Grundnahrungsmittel festzustellen. Mit seiner Politik trieb Collor de Mello die Bevölkerung auf die Straße. In Massenaktionen riesigen Ausmaßes wurde seine Amtsenthebung durchgesetzt. Die demokratische und linke Bewegung konnte, so schätzt unser Artikel ein, aus den Auseinandersetzungen gestärkt hervorgehen.

Seite 23